

# WIDER|SPRUCH

In: *Widerspruch* Nr. 35 ~~Nie~~ wieder Krieg (2000), S. 50-52  
Autor: *Bernd Mayerhofer*  
Rezension

Andrzej Ziolkowski

**Die NATO – Instrument der US-Politik in Europa**, Münster 1999 (Agenda-Verlag), 169 S., 29.80 DM.

Es gibt Bücher, die stellen im wahrsten Sinne des Wortes ein Ärgernis dar: sie versprechen viel, halten wenig und führen ihre LeserInnen mit falschen Absichtserklärungen in die Irre; sie blasen auf, wo Konzentration, (Selbst-)Bescheidung und Disziplin Not täten; sie kleiden in ein unsägliches Kauderwelsch, was sich mit wenig Mühe auch einfacher hätte sagen lassen, und sie verschwenden Zeit, Lesenszeit, Lebenszeit. Zu dieser Gattung zählt – leider – auch das hier anzuzeigende Buch von Andrzej Ziolkowski.

Bereits der Titel bereitet Unbehagen. Man vermißt – das Fragezeichen. Unwillkürlich drängt sich der Eindruck auf, als sei vorab schon festgestanden, was durch die Untersuchung doch erst zu leisten, nämlich nachzuweisen gewesen wäre: die Instrumentalisierung des transatlantischen Militärbündnisses durch die Vereinigten Staaten für ihre spezifischen wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Freilich, ein solcher Verdacht liegt nahe, läßt man die Geschichte der NATO seit ihrer Gründung im Jahr 1949 Revue passieren. Von einer gleichberechtigten Partnerschaft – darin ist dem Autor zuzustimmen – konnte damals und kann auch heute nicht die Rede sein. Die Krisen und internen Spannungen sind Legion. Am deutlichsten markiert der am 1. April 1967 erfolgte Austritt Frankreichs aus der westlichen “Verteidigungs- und Wertegemeinschaft” Brisanz und Tiefe der amerikanischen-europäischen Gegensätze innerhalb der Allianz, die sich nicht nur in unterschiedlichen Partizipations- und Strategievorstellungen, sondern auch in abweichenden Funktionsbestimmungen seitens der einzelnen Bündnismitglieder niederschlugen. Die Geschichte dieser Spannungen nach- und

mögliche (gesamteuropäische) Perspektiven aufzuzeichnen, zumal in Anbetracht der neuen Herausforderungen (Stichwort: Humanitärer Interventionen), vor der nicht nur die NATO-Mitgliedsländer nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges stehen, wäre eine lohnenswerte Aufgabe gewesen. Allerdings hätte dies bedeutet, auf einseitige "Schuldzuweisungen" zugunsten einer sorgfältigen Detailanalyse zu verzichten.

Doch gerade daran – am unvoreingenommenen Blick auf den Gegenstand – mangelt es dieser Arbeit. So steht von Anfang an fest, wer die Bösen sind, die US-Amerikaner nämlich, die ihre militärische und politische Vormachtstellung nach dem Zweiten Weltkrieg für die Durchsetzung ihrer schnöden macht- bzw. wirtschaftspolitischen Interessen mißbrauchten – und von diesem erfolgreichen, aus europäischer Sicht gleichwohl inakzeptablen Konzept auch nach dem Zerfall der großen Militärblöcke als einzige noch übrig gebliebene Weltmacht verständlicherweise nicht abrücken. In drei Kapiteln (*Die militärische Dimension; Die wirtschaftliche Dimension; Die politische Dimension*) wird diese These vom Verfasser entfaltet, ohne der Untersuchung allerdings wirklich als erkenntnisleitende Zielfrage zu dienen. Statt sich auf das Thema zu konzentrieren und am empirischen Material (Quellen, Dokumente etc.) die – durchaus einleuchtende – These der amerikanischen Hegemonie zu plausibilisieren, läßt sich der Autor zu einer sekundärliterarischen tour d'horizon verführen, die ihren eigentlichen Gegenstand immer wieder aus dem Blick verliert. Aktuelle Bedrohungsszenarien und künftige Sicherheitsperspektiven werden dabei ebensowenig ausgespart wie der japanische Faktor, moderne Technologien, das postkoloniale Erbe oder Österreichs Rolle in Europa – und das alles auf 137 Seiten! Der in der Einleitung angekündigten "*Hauptaufgabe dieses Buches ..., die Forschungsergebnisse über praktische Aspekte der europäisch-amerikanischen Beziehungen innerhalb der NATO darzulegen*" (10), hat sich der Verfasser jedenfalls mehr oder minder elegant entzogen. Das Resultat kann verständlicherweise nicht befriedigen, zumal es – angesichts der Quellenlage unverständlich – häufig in Form unausgewiesener, weil wohl allzu selbstverständlicher Behauptungen daherkommt. Zu den Unzulänglichkeiten der Untersuchungen gehören nicht zuletzt die eklatanten sprachlichen Defizite ("heroischer Kampf der Alliierten" (19), "politische Konstellation der antikommunistischen Kampfgenossen" (ebd.)), die die an sich schon unerfreuliche Lektüre nicht nur zu einer wahren Stülblütensammlung, sondern geradezu zu einer Zumutung werden lassen. Wie so oft, so vermißt man auch in diesem Fall die ordnende Hand eines Lektors, die den Autor –

neben der kumulativen Verwendung von Begriffen wie “Weltarena” und “Weltarchitektur” – vielleicht auch vor Peinlichkeiten wie den folgenden hätte bewahren können, denen sich weitere hinzufügen ließen: “Nach der offiziellen Verkündung des militärischen Bedrohungsgefühls (*sic!*) wurde am 4. April 1949 in Washington seitens die Westens die NATO ... gegründet” (30). “Inzwischen arbeitet man aktiv daran, die militärische Bedrohung in Europa zu unterdrücken (*sic!*)” (41). “Selbst Rußland und die Osteuropäer haben begonnen, dafür zu plädieren, daß wir Lösungen finden müssen, die transparenter machen, daß Gewaltanwendung künftig keine Aussicht auf territorialen Gewinn hat, und sie scheuen sogar grundsätzlich nicht mehr vor der Anwendung militärischer Mittel zu diesem Zweck zurück” (49). Sätze wie dieser – soviel dürfte feststehen – tragen weder zur Transparenz bei, noch stellen sie einen Beitrag dar zu jener Diskussion der europäischen “Sicherheitsarchitektur” im 21. Jahrhundert, die vom Autor mit Blick auf die unterschiedlichen europäischen und amerikanischen Sicherheitsinteressen zurecht als überfällig angemahnt wird. Eine solche Diskussion müßte die unterschiedliche Einschätzung der Sicherheitsrisiken thematisieren, eine grundsätzliche Neubewertung der transatlantischen Partnerschaft, vor allem auch auf dem Hintergrund der NATO-Osterweiterung und ihrer Probleme, vornehmen, die politischen und militärischen Strategien auf den Prüfstand stellen (siehe hierzu den an die Adresse der NATO-Mitgliedstaaten gerichteten Vorschlag des deutschen Außenministers Joschka Fischer, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten, oder die ebenfalls von Deutschland initiierte Friedensinitiative im Frühjahr 1999) und neue Wege der zivilen Konfliktprävention erkunden. Eines scheint jetzt schon sicher: Wenn es der EU wie geplant gelingt, eine abgestimmte – und eben nicht einseitig militärpolitisch definierte – Außenpolitik zu entwickeln, die auch die Interessen der Nicht-EU-Staaten berücksichtigt, bedeutet dies langfristig nicht nur eine Schmälerung der amerikanischen Dominanz in Sicherheitsfragen, sondern auch einen Stabilitätsgewinn in Europa.

*Bernd Mayerhofer*